

## der Lagergemeinschaft Dachau e.V.

Nr. 29/2001

### „Den historischen Fakten Rechnung tragen!“

Lagergemeinschaft Dachau fordert authentischen Zugang zur KZ-Gedenkstätte

Den Neugestaltern des Museums in der KZ-Gedenkstätte Dachau bläst gegenwärtig ein kräftiger Sturm der Ablehnung ins Gesicht. Ursache der Turbulenzen in Dachau ist der Protest von Anwohnern in der Nachbarschaft des ehemaligen SS-Lagers, das sich vor dem früheren Konzentrationslager erstreckt. Diese befürchten erhebliche Belästigungen für sich und für ihre Familien, wenn künftig die Besucher der KZ-Gedenkstätte vom Westen her das ehemalige Schutzhaftlager betreten.

Allein das „Bündnis für Dachau“ unterstützt diese einzig richtige Variante, weil sie den historischen Gegebenheiten entspricht. Alle anderen Parteien im Dachauer Stadtrat nehmen eine entgegengesetzte Position ein. Sie fürchten offensichtlich bei den bevor-

stehenden OB-Wahlen die Quittung der Anwohner zu bekommen, wenn sie sich der Forderung des Bündnisses anschließen. Entschieden wehren sie sich deshalb gegen die Absicht, die Besucher auf dem ehemaligen Weg der Häftlinge zum Jourhaus zu geleiten, das in Zukunft den Zugang zur KZ-Gedenkstätte bilden soll. (Das Jourhaus, in dem sich der Sitz der Lagerleitung befand, war früher der Eingang zum Schutzhaftlager.) Unnachgiebig favorisieren die Gegner weiter den „Hintereingang“ zur KZ-Gedenkstätte, um den Anwohnern Belästigungen durch den zunehmenden Besucher-verkehr zu ersparen.

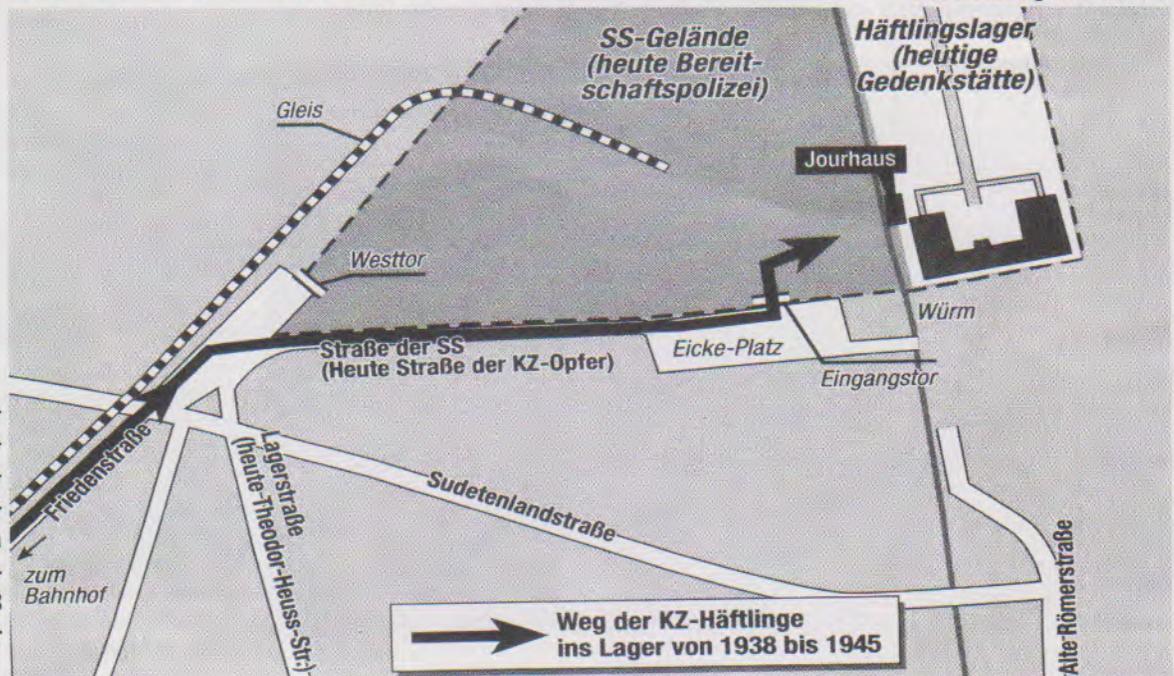
Die Lagergemeinschaft Dachau ist jedoch nicht bereit, von ihrer bereits in einer Resolution dargelegten Forderung abzugehen. Wie das „Bündnis für

Dachau“ tritt sie bekanntlich dafür ein, dass die Besucher der Gedenkstätte auf dem historischen Weg zum Jourhaus gelangen. Sie hat ihre Position schon in einem mündlichen Gespräch mit der Dachauer Bürgermeisterin und Zeitgeschichtsreferentin Katharina Ernst (SPD) und mit dem SPD-Fraktionsschef im Dachauer Stadtrat, Volker C. Koch, vertreten. Das Treffen in der Verwaltung der KZ-Gedenkstätte fand in einer verständnisvollen Atmosphäre statt, die hoffen lässt, dass die Lagergemeinschaft von dieser Seite her doch noch eine Unterstützung erhält.

In einem Hearing, zu dem der Dachauer Oberbürgermeister Kurt Piller, der im übrigen der Forderung der Lagergemeinschaft positiv gegenübersteht,

Fortsetzung auf Seite 2

Die Dachauer Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ dokumentierte in einer Grafik den Weg, den die KZ-Häftlinge von 1938 bis 1945 ins Lager gehen mussten.



vor wenigen Wochen geladen hatte, sprachen sich zudem alle Teilnehmer – Fachleute und Vertreter von zeitgeschichtlichen Institutionen in Dachau – für den Zugang vom Westen aus. Mit Bedauern wurde aber festgestellt, dass die CSU keinen Vertreter entsandt hatte. Aus beruflichen Gründen habe, so die Entschuldigung der Partei, kein Stadtrat untertags an der Veranstaltung teilnehmen können.

Die Lagergemeinschaft will nun in ihrem Eintreten für den historischen Zugang zum Jourhaus in der Öffentlichkeit noch aktiver werden. Die Zeit drängt – im Herbst findet in Dachau das Hearing mit den Anwohnern statt. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen und Gleichgesinnte ins Boot zu holen, die ihr Anliegen unterstützen, hat das Präsidium der Lagergemeinschaft in seiner letzten Sitzung im Juli eine Aktionsgruppe gebildet. Ihre Aufgabe wird es sein, eine Strategie zu entwickeln, die zum gewünschten Ziel führt. Vor allem setzt die Lagergemeinschaft auf die Unterstützung des Internationalen Dachau-Komitees in Paris. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits getan. In einem Papier der Aktionsgruppe, das die Position der Lagergemeinschaft umreißt, heißt es:

„Die ehemaligen deutschen Häftlinge des KL Dachau fordern energisch, dass im Streit um den Zugang die historischen Fakten zu ihrem Recht kommen. Der Weg der Gefangenen führte bei Massentransporten in der Regel vom Dachauer Bahnhof über die Friedenstraße – also aus dem Westen – in das Schutzhaftlager. Nach der Ankunft im SS-Bereich zogen die Kolonnen – am Westtor, dem Haupttor des SS-Lagers, vorbei – in die „Straße der SS“, passierten den Eicke-Platz und marschierten durch das große

Torgebäude des Konzentrationslagers und durch das Jourhaus in den Häftlingsbereich. Aus dieser Tatsache heraus erhebt die Lagergemeinschaft die Forderung, dass bei der Wahl des Zugangs den historischen Fakten Rechnung getragen werden muss und nur der westliche Zugang in Frage kommt. Jeder andere Zugang findet die Ablehnung der Häftlingsorganisation.

Die Lagergemeinschaft appelliert mit Nachdruck an die Verantwortlichen in der bayerischen Staatsregierung und in der Großen Kreisstadt Dachau, von allen anderen untauglichen ‚Lösungen‘ abzuweichen und die einzige richtige Entscheidung zu treffen. Dies ist schon deshalb von größter Bedeutung, weil mit ihr die Weichen für die Zukunft der KZ-Gedenkstätte gestellt werden. Was jetzt entschieden wird, gilt für die nächsten Jahrzehnte! Es kann nicht angehen, dass die Stadt Dachau für den Zugang einen anderen Platz wählt – nur um ihn in Wahrheit aus dem Kern des Stadtgebiets zu verbannen. In der Weltöffentlichkeit würde sie sich mit diesem Vorgehen keinen Gefallen tun. Die ablehnende Haltung gegenüber einer ‚Jugendbegegnungsstätte‘ hat Dachau seinerzeit schon einmal weltweit geschadet. Die Verweigerung des historischen Zugangs zum Jourhaus, das den neuen Eingang zur KZ-Gedenkstätte bilden wird, würde die Stadt in alte Zeiten zurückwerfen, wiederum weithin Befremden und Unverständnis auslösen und das Ansehen der Dachauer Bevölkerung erneut beschädigen.

Offensichtlich muss den Lokalpolitikern wieder die Tatsache ins Gedächtnis zurückgerufen werden, dass die Gedenkstätte in ihrer Stadt ein Platz der Mahnung und der Trauer von internationaler Bedeutung ist. Sie ist ver-



Bereits im Februar verabschiedete das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau eine Resolution, in der sie für die Gedenkstätten-Zufahrt über die Straße der KZ-Opfer plädiert. Darin wird unter anderem betont: „Sie allein zeichnet den Weg der Häftlinge ins KZ nach, (...) dokumentiert die historischen Verhältnisse und Bedingungen. Sie führt zudem am Mahnmal für die Opfer des Dachauer Todesmarsches vorbei. Sie wird so zu einem Teil der Vermittlung authentischer Lerninhalte.“ - Unser Bild (Foto: SZ) zeigt die Enthüllung des Mahnmals für die Todesmarsch-Opfer am Vorabend des 56. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau. Abba A. Naor, einer der Überlebenden des Todesmarsches sagte angesichts der von Hubertus von Pilgrim für das Mahnmal geschaffenen Häftlings-Gruppe: „Die Gestalten von Pilgrim sind lebendiger, als wir damals ausgesehen haben, denn für uns war jeder Tag zur Arbeit und danach wieder zurück ein Todesmarsch.“

gleichbar mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, der allseits Respekt und Achtung entgegengebracht wird. Warum ist dies in Dachau nicht möglich? Zählt die Sorge der Anwohner um ihre Ruhe mehr als die Trauer um die Opfer?

Wir appellieren deshalb an die Verantwortlichen in der Stadt, sich nicht weiter dem Zugang vom Westen her zu verschließen. Die Wahl dieses Zugangs inmitten der Stadt würde vor aller Welt deutlich machen, dass Dachau damit nicht nur den historischen Fakten gerecht werden, sondern auch ein Zeichen setzen will: Die Stadt bekennt sich zu den Opfern. Sie empfängt die Besucher der KZ-Gedenkstätte, die mit dem Auto kommen, auf einer einladenden breiten Zufahrt über die Theodor-Heuss-Straße. Und der Weg führt an dem beeindruckenden Todesmarsch-Mahnmal vorbei. An der Offenheit der Stadt werden die Gäste erkennen: Sie sind in Dachau willkommen! Diesen positiven Eindruck nehmen die Menschen – Angehörige der Opfer und Touristen – mit nach Hause, und die Stadt beweist damit, dass sie aus ihren Fehlern in der Vergangenheit gelernt hat!“

Hans-Günter Richardi



Das Tor, durch das die Häftlinge ins Lager gingen.

## Der 56. Jahrestag der Befreiung in Dachau und Hebertshausen

Die KZ-Gedenkstätte Dachau, so General André Delpech, Präsident des Comité International de Dachau, bei seiner Ansprache am 56. Jahrestag der Befreiung auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers, ist „ein Gedenkort der Menschheitsgeschichte“. Der Präsident würdigte, dass die ersten Arbeiten zur Neugestaltung der Gedenkstätte inzwischen durchgeführt worden seien, meinte aber auch, dass dies „insgesamt eine schwierige und heikle Aufgabe“ sei, „für die man einen langen Atem benötigt.“

Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau in der Bundesrepublik Deutschland, eröffnete die Gedenkfeierlichkeiten mit einer Ansprache vor dem Krematorium. In seiner Rede befasste er sich vor allem mit dem erstarkten Rechtsextremismus und warnte: „Wer ‚Rechts‘ auf eine ‚Szene‘ reduziert, vernachlässigt den Blick auf die Grauzone zwischen Brandstiftern und Biedermännern.“ In diesem Sinne appellierte er an die über 700 Anwesenden, darunter viele

Überlebende der Verfolgungen durch das NS-Regime und ihre Angehörigen aus aller Welt:

„Wir werden nicht nur an diesem Ort und an dieser Stelle den Opfern von Dachau einen Raum des Gedenkens bewahren, sondern gerade im Kampf gegen Unrecht, gegen jede Form von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.“

Als Vertreterin der Bayerischen Staatsregierung sprach in der Gedenkstätte Kultusministerin Monika Hohlmeier. Sie erinnerte an die Verbrechen des NS-Regimes: die Ermordung der europäischen Juden, die so genannten „Invalidentransporte“, mit denen Dachauer Häftlinge zur Ermordung in die Gaskammer des Schlosses Hartheim bei Linz verfrachtet wurden, die Qualen und Morde, die mit den medizinischen Experimenten im KZ Dachau verbunden waren, den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem SS-Schießplatz Hebertshausen. Gedenken, meinte sie, sei kein „Weitervererben von Schuld“, viel-



Der Präsident des Internationalen Dachau-Komitees, General André Delpech, und die Leiterin der KZ-Gedenkstätte, Barbara Distel, bei der Feierstunde auf dem Appellplatz.  
Foto: Parvin Ghahraman

mehr verhindere es die Wiederholung. Zentrale Aufgabe von Gedenkstätten sei es, „Brennpunkte“ zu bilden, „an denen Grundlagen gelegt werden für unsere demokratische Kultur“.

Um eben diese „demokratische Kultur“ ging es dann sehr konkret bei der Feier zum Gedenken an die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen in Hebertshausen. Ernst Grube, Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins für internationale Ju-

Fortsetzung auf Seite 4



Unter den zahlreichen Teilnehmern der Befreiungsfeier, die sich anschließend an den einstigen SS-Schießplatz in Hebertshausen begaben, um der dort ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen zu gedenken, waren zahlreiche ehemalige Dachau-Häftlinge aus Russland, der Ukraine und Weißrussland.  
Foto: Fred Schmid

Fortsetzung von Seite 3:

## 56. Jahrestag...

gendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau, widmete sich in seiner Ansprache ausführlich der Verstrickung der deutschen Wirtschaft in die Verbrechen der Nazis. Anlass war das zum Zeitpunkt der Befreiungsfeier aktuelle unwürdige Gezerre um die Auszahlung der Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter und die damit verbundenen Forderungen der Unternehmen nach „Rechtssicherheit“.

„Die Banken und Versicherungen“, so Grube, „die deutschen Unternehmer und die Industrie haben an der Ausbeutung jüdischer Häftlinge und Zwangsarbeiter Milliarden verdient“.



Ernst Grube (oben) und Juri Piskunow (unten) bei ihren Ansprachen in Hebertshausen. - Fotos auf dieser Seite: Ghahraman (1), Schmid (3).



Kranzniederlegung auf dem Appellplatz: Der Kranz der Lagergemeinschaft Dachau.



Musikalisch umrahmt wurde die Feier in Hebertshausen durch den Geiger Franz Prockl.

Und weiter: „In dem im vergangenen Jahr im Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Errichtung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Versöhnung‘ geht es in erster Linie um die ‚Rechtssicherheit‘ für die Industrie und erst an zweiter Stelle - wenn überhaupt - um die betroffenen Menschen, die Entschädigung der Zwangs- und Sklavenarbeiter aus der Nazizeit. (...) ‚Rechtssicherheit‘ für die Industrie heißt: keine ‚Rechtssicherheit‘ für die ehemaligen Zwangsarbeiter.“

Viel Beifall erhielt Ernst Grube von den zahlreichen Kundgebungsteilnehmern - unter ihnen viele ehemalige Dachau-Häftlinge aus Russland, Weißrussland und der Ukraine - für seine Forderung, dass es nicht angehe, dass Wirtschaft

und Politik einen Schlusstrich unter die Vergangenheit und die Verbrechen des Naziregimes zögen. Für die Dachau-Häftlinge aus der ehemaligen Sowjetunion sprach am Hebertshausener Mahnmal der Vorsitzende des ukrainischen Opferverbandes Juri Piskunow; ein ehemaliger Dachau-Häftling aus Moskau hatte ein Gedicht mitgebracht, das er einst im Lager geschrieben hatte und dessen Übersetzung bei der Feier verlesen wurde. Dank des herrlichen Wetters an diesem Jahrestag der Befreiung fand der „Tag der Begegnung“, das anschließende gesellige Beisammensein der ehemaligen Gefangenen mit den Nachgeborenen im Dachauer Jugendgästehaus in diesem Jahr vor allem auf der Terrasse des Hauses statt.

Am 22. Juni jährte sich der Tag, an dem das faschistische Deutschland die Sowjetunion angriff, zum 60. Mal. Seit der Befreiung wird über diesen Krieg und seinen Charakter debattiert. „Der Krieg zweier Diktatoren“, titelte einst der „Spiegel“, als ob es allein um die Rivalität zweier machtbesessener Politiker gegangen sei.

## Vor 60 Jahren: Der Überfall auf die Sowjetunion

Dabei war der Überfall zwar der letzte Schritt in der faschistischen Kriegspolitik, jedoch von Anfang an in der ideologischen und strategischen Planung mitgedacht.

Es ging um die „Eroberung des deutschen Lebensraumes im Osten und seine vollständige Germanisierung“. Es bedeutete - ausgesprochen schon 1933 - gnadenlosen Krieg gegen die Sowjetunion, Eroberung riesiger Gebiete mit allen Bodenschätzen und Rohstoffen, mit der Vertreibung oder Vernichtung der slawischen Bevölkerung und der bedingungslosen Vorrherrschaft der „germanischen Rasse“ bis zu den Gebirgszügen des Ural. Ob in seiner ideologischen Legitimation in Hitlers „Mein Kampf oder in seiner propagandistischen Vorbereitung in



Anlässlich des 60. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion fand am 22. Juni, initiiert vom Förderverein für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau, eine Feierstunde am ehemaligen SS-Schießplatz in Hebertshausen statt. Es sang der Russische Veteranenchor „Mir“ („Frieden“) aus München (Bild oben). Der Vorsitzende des Fördervereins, Hermann Kumpfmüller, begrüßte die Generalkonsuln der Russischen Föderation, Lev N. Klepatsky, und der Ukraine, Georgii Kosykh. Monika Hohlmeier, Kultusministerin des Freistaats Bayern, enthüllte eine neue Gedenktafel, die in kyrillischer und lateinischer Schrift an die über 4000 hier ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen erinnert (Bild unten). In ihre Ansprache bezeichnete die Ministerin den deutschen Überfall auf die UdSSR als „in der Geschichte einmaligen Versklavungs- und Vernichtungskrieg“. Pastor Richard Nevermann, ehemaliger Vorsitzender der Aktion Sühnezeichen, schilderte, wie er im Krieg schwer verwundet und von einem russischen Paar versorgt wurde und erst da die „menschenverachtende Ideologie“ des NS-Regimes erkannt habe. Sein Fazit, auch für die Gegenwart: „Gute Gesinnung allein reicht nicht, sie muss bewährt werden durch die Tat.“

Fotos: SZ

der Antibolschewismus-Hetze, dieser Krieg war gleichzeitig ein antikommunistischer Krieg - ein Weltanschauungskrieg. Trotz der kurzzeitigen taktischen Unterbrechung nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag Ende 1939 blieb die Zielrichtung der faschistischen Politik die Zerstörung des ersten sozialistischen Staates der Welt und die Beseitigung des Marxismus.

Und so verwundert nicht die bis dato unbekannt Brutalität, mit der die Kriegführung geplant wurde.

Nach einer Ansprache Hitlers am 30. März 1941 vor ca. 250 Generälen und hohen Offizieren, in der er die Ermordung der „bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz“ forderte, wurden die verbrecherischen Befehle ohne weiteren konkreten „Führerauftrag“ von den entsprechenden Dienststellen des OKW und des OKH ausgearbeitet und noch vor dem Überfall erlassen:

- Die „Richtlinien für die Behandlung der politischen Kommissare“ vom 6. Juni 1941 (sog. „Kommissarbefehl“) forderten völkerrechtswidrig, die „politischen Kommissare grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen“.

- Der „Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa“ (sog. „Kriegsgerichtsbarkeits-erlass“ verfügte, dass Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung „nicht unter Verfolgungszwang“ (!) gestellt werden durften. Damit wurde die sowjetische Zivilbevölkerung faktisch für vogelfrei erklärt. Einen vergleichbaren Befehl gab es bei keiner anderen Armee irgend eines anderen Staates während des Zweiten Weltkrieges.

- In den „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland“ vom 19. Mai 1941 wurden zum ersten Mal in einem Wehrmachtsbefehl Juden direkt als Feinde genannt. Die Soldaten wurden

Fortsetzung auf Seite 6





Die Würde des Menschen ist unantastbar

Vom 29. Juni bis 1. Juli fand in Ulm die Eröffnung der neu gestalteten KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg statt. Entstanden ist ein beeindruckend gestaltetes Dokumentationszentrum im Innen- und Außenbereich der ehemaligen Festung, von der aus oft die Odyssee vieler Gefangener ins KZ Dachau und die anderen Konzentrationslager des NS-Regimes begann. Zu ihnen gehörten auch der spätere langjährige Vorsitzende der Lagergemeinschaft Dachau, Alfred Haag (oben im Bild) und der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (Mitte). Das hier wiedergegebene Motiv des Eröffnungsplakates, gestaltet vom Büro Braun & Engels, dokumentiert die politische und weltanschauliche Breite von Widerstand und Verfolgung in der Nazizeit. Neben dem Kommunisten Haag und dem Sozialdemokraten Schumacher ist als dritter Kuhberg-Gefangener der katholische Pfarrer Alois Dangelmaier abgebildet.

**Die sich des  
Vergangenen  
nicht erinnern,  
sind dazu verurteilt,  
es noch einmal  
zu erleben**  
SANTAYANA

Fortsetzung von Seite 5:

## Der Überfall auf die Sowjetunion

zum Kampf „gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“ aufgerufen.

Diese beiden Befehle führten dazu, dass hunderttausende Bürger der Sowjetunion außerhalb der eigentlichen Kampfhandlungen als „Freischärler“, „Partisanenverdächtige“, „Saboteure“ und Geiseln erschossen oder im Zuge kollektiver „Vergeltungsmaßnahmen“, wie dem Niederbrennen ganzer Dörfer und Ortschaften, umgebracht wurden.

Somit war dieser Krieg von Anfang an als Vernichtungskrieg angelegt, als Vernichtungskrieg gegen Slawen und gegen jüdische Menschen. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg Der Krieg im Osten“, die wegen einzelner fehlerhaft zugeordneter Bilder zurückgezogen worden ist, belegte in aller Deutlichkeit diese Vernichtungspolitik. Es ist hier nicht der Platz, die Vielzahl der Verbrechen aufzulisten. Namen, wie Chatyn und Babi Jar, wo im September 1941 über 33.000 Menschen erschossen wurden, stehen synonym für diese Politik. Massenverbrechen fanden bereits beim Vormarsch statt, nicht erst in der Agonie des Rückzugs und der Politik der „verbrannten Erde“.

Durch SS-Einsatzgruppen wurden allein zwischen Ende Juni 1941 und April 1942 mehr als 500.000 Menschen getötet - mit den Juden als weitestgehend größter Opfergruppe. Nach neueren, seriösen Schätzungen sind von den ca. fünf Millionen am 22. Juni 1941 im sowjetischen Herrschaftsbereich befindlichen Menschen jüdischer Herkunft durch den NS-Terror und die vom ihm entfesselten Verfolgungsmaßnahmen ca. 2,8 Millionen umgekommen. Zum Zwecke der „Abschöpfung der für Deutschland nötigen Lebensmittel“ wurde die militärische Abriegelung der Industriezonen von den landwirtschaftlichen Gebieten geplant - mit der in den „Wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost“ vom 23. Mai 1941 klar formulierten Konsequenz: „Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen.“ Die verbrecherische Bilanz: Die heutige Forschung beziffert die sowjetischen Menschenopfer im „Unternehmen Barbarossa“ auf ca. 27 Millionen - darunter allein sieben Millionen Hungertote hinter der Front.

Die deutschen Verbrechen an den Völkern der Sowjetunion sind einzig-

artig in der Geschichte. Von den Folgen der Vernichtung haben sich die Völker der Sowjetunion nie erholt, in ihren europäischen Nachfolgestaaten ist die Vergangenheit vielen Menschen noch gegenwärtig.

Schon unmittelbar nach Kriegsende begannen Versuche der Entlastung der deutschen Wehrmacht. Noch waren die Verbrechen im öffentlichen Bewusstsein präsent, aber schon 1945/46 wurden die faschistischen Generäle wieder als „Spezialisten“ bei den Amerikanern gesucht. Dabei bereiteten sie auch ihre eigene Entlastung vor.

Die Erzählungen der Generäle waren recht vielfältig. Man habe den Krieg vollkommen unzureichend vorbereitet beginnen müssen, eine Behauptung, die jüngst der österreichische Militärgeschichtler Heinz Magenheimer reaktivierte. Hitler habe die strategische Planung eigenmächtig verändert, der frühe Wintereinbruch habe die Wehrmacht überraschend getroffen etc. Solche Legenden stellten nicht den Krieg an sich in Frage, sie versuchten nur zu erklären, warum man ihn gegen alle Erwartungen - doch verloren habe.

Im Bereich der neofaschistischen Geschichtsrevision werden andere Behauptungen zur Rehabilitierung der Wehrmacht vorgetragen. Man sei mit dem Kriegsbeginn Juni 1941 Stalin nur wenige Tage, Wochen oder Stunden zuvorgekommen, heißt es in der Präventivschlag-These. Kronzeuge dafür ist ein Überläufer aus dem ehemaligen sowjetischen Geheimdienst. Obwohl solche Behauptungen durch historische Forschungen längst zurückgewiesen wurden, werden sie nicht nur im neofaschistischen Milieu wiederholt. Offen betreiben Naziorganisationen die Rehabilitierung der Wehrmacht. Sie gehen mit der Losung auf die Straße „Unsere Väter bzw. Großväter waren keine Verbrecher“. Gleichzeitig lassen sie sich von dem ehemaligen Professor der Bundeswehrhochschule Franz W. Seidler“ beweisen“ dass man nicht von „Verbrechen der Wehrmacht“ sondern von „Verbrechen an der Wehrmacht“ sprechen müsse.

*Dieser Artikel ist der Zeitschrift „Die Glocke vom Ettersberg“, dem Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, Nr. 162, II/2001, mit freundlicher Genehmigung von Herausgebern und Redaktion entnommen.*

Durch den Malloth-Prozess besonders aktuell geworden, aber auch sonst eine Fundgrube über den Alt- und Neofaschismus in der Bundesrepublik und seine Verflechtungen auch in Bereiche hinein, bei denen man dies nicht auf Anhieb erwarten

### Stille Hilfe für alte und neue Nazis

würde: das neu erschienene Buch „Stille Hilfe für braune Kameraden“ von Oliver Schröm und Andrea Röpke. Der „Fall Malloth“ liefert den AutorInnen – die auch „undercover“ in den rechten Szenen recherchiert haben – den „braunen Faden“ in ihrer Veröffentlichung.

Über ein halbes Jahrhundert gibt es inzwischen den Verein „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“, bis vor knapp zwei Jahren war er als gemeinnützig anerkannt. „Unser Anliegen ist“, so die AutorInnen, „zu erzählen, wie diese als mildtätiger Verein getarnte Nazi-Organisation gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Arbeit aufnahm und wie deren Mitglieder noch heute diskret, aber wirkungsvoll die Fäden ziehen im braunen Netzwerk.“ Schröm wie Röpke haben für verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und TV-Magazine gearbeitet; sie verstehen es, das von ihnen zusammengetragene Material spannend aufzubereiten – weshalb zu hoffen ist, dass das Buch auch viele LeserInnen erreicht, die sonst nicht unbedingt zu einem politischen Sachbuch greifen.

Wir lernen die ungebrochen tiefbraune Himmler-Tochter Gudrun Burwitz kennen und andere „stillen“ Helferinnen und Helfer, die sich der ehemaligen NS-Verbrecher widmeten und widmen: bei Fluchthilfe und Existenzaufbau, wenn nötig bei Prozessen und ab und an auch in Gefängnissen. Aufgezeigt werden die engen Kontakte des Vereins zu den unterschiedlichsten neofaschistischen Gruppierungen und Personen und die weltweiten „Connections“.

Besonders spannend ist das Kapitel „Die stillen Helfer und ihre politischen Freunde“ (S. 74 ff.) – in ihm erweist sich, wie leichtfertig es wäre, diesen Verein lediglich als eine der seltsamen Blüten im braunen Sumpf zu betrachten. Da gab es etwa immer wieder persönliche Querverbindungen zum Apartheids-PR-Verein „Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft“ (DSAG), in deren Dachverband der durch den CDU-Parteispendenskandal „berühmt“ gewordene Casimir Prinz Wittgenstein präsidierte. Da gibt es einen Brief des



„Frauen im Holocaust“ heißt eine Aufsatzsammlung, die unlängst von der Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, herausgegeben wurde. „Zu fragen ist“, schreibt die Herausgeberin, „wodurch sich das Schicksal der Frauen von dem ihrer Söhne, Männer, Väter und Freunde unterschied, die nach den Jahren der Diskriminierung und Ausgrenzung zu Freiwild geworden, gleichermaßen den Erschießungskommandos oder dem Erstickungstod in den Gaskammern ausgeliefert wurden.“ Das Buch gliedert sich in die Abschnitte „In Ghettos und Konzentrationslagern“, „Im Untergrund und im Versteck“, „Widerstand“, „Täterinnen“, „Nach dem Überleben“ und enthält Erinnerungsberichte und Porträts. Ein einleitender Aufsatz von Wolfgang Benz befasst sich mit „Frauen im Exil“; über die literarische Aufarbeitung weiblicher Holocaust-Erfahrungen handelt Mona Körtes, den Band abschließender Text „Zeugnisse als Epitaphe. Wiedergängerische Stimmen im Werk von Charlotte Delbo und Ida Fink“. (Barbara Distel, Hg., Frauen im Holocaust, Bleicher Verlag Gerlingen, 428 S., DM 48,-)

damaligen CDU-Fraktionschefs Alfred Dregger an die „Stille Hilfe“ vom Februar 1989, in dem er der „Stillen Hilfe“ dankt „für Ihr ständiges Wachen des Anliegens“. Das „Anliegen“ war die Freilassung zweier NS-Kriegsverbrecher in den Niederlanden, die schließlich stattfand. Wen wundert es, dass auch Franz Josef Strauß und andere CSU-Funktionäre in der Publikation auftauchen. Den Report von Oliver Schröm und Andrea Röpke

einen (realen) „Politkrimi“ zu nennen, ist sicherlich nicht falsch. Im Gegensatz zu anderen Krimis fehlt ihm allerdings ein befriedigender Schluss. Den VerfasserInnen des Buches ist das nicht anzulasten.

**Ernst Antoni**

Oliver Schröm, Andrea Röpke, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neofaschisten. Ein Inside-Report, Ch. Links Verlag Berlin, 213 S., DM 29,80, ISBN:3-86153-231-X.



Künftig eine KZ-Gedenkstätte? In der Kfz-Halle der Sheridan-Kaserne informierten sich Pferseer Bürger über die dunkle NS-Vergangenheit der Militärbauten. Bild: AZ

## Ehemalige Kaserne als „Erinnerungsort“

In Augsburg gibt es eine Bürgerinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, in einer Halle der von der US-Army aufgelassenen Sheridan-Kaserne einen „Erinnerungsort“ entstehen zu lassen. Hatte sich doch dort ein Außenlager des Konzentrationslagers Dachau befunden. Ausführlich berichtete jetzt die Augsburger Zeitung (AZ) über diese Initiative:

„Bis zu 2000 Mann haben in dieser Halle ein Jahr lang gelitten. Zwölf Stunden schufteten die KZ-Häftlinge bei Messerschmitt, dann ging's zurück in die Luftnachrichtenkaserne im Westen Pfersees.“ Bei einem Ortstermin in der betreffenden Halle konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die Hintergründe informieren. „Hinter den zehn riesigen Toren“, schreibt die AZ, „verbargen sich seit April 1944 zehn Blöcke à 200 Mann eines Dachauer KZ-Außenlagers. Politische Häftlinge aus ganz Europa mussten die kriegswichtige Rüstungsproduktion des Luftjägers Me 262 aufrecht erhalten, berichtete der Historiker Wolfgang Kucera (...). Die KZler waren zuerst in einem Lager in Haunstetten untergebracht. Als Bomben es zerstörten, wurden Quartiere bei Gablingen benutzt und schließlich die Kfz-Halle der Pferseer Kaserne ausgesucht.“

Bei dem Ortstermin wurde ausführlich über die Möglichkeiten der Gestaltung dieses „Erinnerungsortes“ diskutiert. So zitiert die Zeitung die Anregung von Josef Pröll, Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau und

„Sohn einer Widerständler-Familie“ (AZ), der vorschlug, mit der Erinnerung an das KZ-Außenlager auch eine Ausstellung über den antifaschistischen Widerstand in Augsburg zu verbinden.

Der ehemalige Chefredakteur der AZ, Gernot Römer, der eine Reihe von Untersuchungen über Widerstand und Verfolgung veröffentlicht hat, plädierte dafür, in dieser Halle ein schwäbisches Dokumentationszentrum Drittes Reich entstehen zu lassen.

Über die Bedingungen, unter denen die Gefangenen leiden mussten, schreibt die AZ: „Auf dreistöckigen Holzpritschen haben die KZler seinerzeit in der kahlen Halle in zwei Schichten geschlafen. Die einzelnen Sektionen waren nur durch Maschendraht abgeteilt. Block 10 füllte sich mit Schwerkranken. Unter den Entkräfteten wüteten Typhus und Fleckfieber. Die Toten wurden zunächst nach Dachau gebracht, ab Ende 1944 dann im Westfriedhof begraben. Sie mussten frühmorgens in Massengräbern an den Umfassungsmauern verscharrt werden - aus Angst vor Ansteckung.“

Zur Zeit liegen die Überlegungen zur Gestaltung des Kasernengeländes beim Stadtplanungsamt.

Die Bürgerinitiative, die außerdem einen „Friedenspfad“ durch das Kasernengelände zum Westfriedhof vorgeschlagen hat, arbeitet weiter an einem würdigen „Erinnerungsort“-Konzept.

## Ravensbrückerinnen tagen in Dachau

Vom 10. bis 15. Oktober 2001 findet im Jugendgästehaus Dachau die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. statt. Zum umfangreichen Tagungsprogramm gehören neben einem Besuch der KZ-Gedenkstätte und einer Exkursion zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung in München auch ein Austausch über die Arbeit der Interessenverbände der Überlebenden mit Mitgliedern der Lagergemeinschaft Dachau.

In Vorbereitung der Konferenz hat die Ravensbrücker Lagergemeinschaft die Juni-Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift „ravensbrücker blätter“ dem Schwerpunktthema „Dachau“ gewidmet. Sie enthält Aufsätze über das Lager, über die Entwicklung hin zur heutigen KZ-Gedenkstätte Dachau und über Geschichte und Gegenwart der Lagergemeinschaft Dachau.

Wir freuen uns, die Ravensbrücker Kameradinnen und Kameraden im Oktober begrüßen zu dürfen und hoffen bei der gemeinsamen Aussprache auf rege Teilnahme unserer Mitglieder.

## Danke für die Spenden

Auch in den vergangenen Monaten sind wieder eine Reihe von Spenden auf dem Konto unserer Lagergemeinschaft Dachau eingegangen. Wir danken allen, die unsere Arbeit unterstützen und freuen uns über jeden Betrag. Die Liste der Spenderinnen und Spender wird in der nächsten Ausgabe unserer „Informationen“ veröffentlicht.

Sollte diesem Heft kein Überweisungsträger beiliegen, hier zur Erinnerung noch einmal die Nummer unseres Spendenkontos: Lagergemeinschaft Dachau e.V., Postgiro München, Konto Nr. 40543-803, BLZ 70010080.

## Impressum:

Herausgeber: Lagergemeinschaft Dachau e.V. in der BRD,  
KZ Gedenkstätte Dachau,  
Alte Römerstraße 75, 85221 Dachau.  
Satz: KreativMedia Gersthofen  
Druck: Neubauer Druck GmbH  
Verantwortlich: Max Mannheimer  
Redaktion: Ernst Antoni